



25.03.2015

AMTLICHE BEKANNTMACHUNGEN BULLETIN

1. Wahlordnung für die Wahlen zu den Organen und Gremien der Hochschule Bochum vom 3. Februar 2015
Seiten 3 - 27



Wahlordnung

für die Wahlen zu den Organen und Gremien der Hochschule Bochum

vom 3. Februar 2015

Aufgrund des § 2 Absatz 4 Satz 1 des Gesetzes über die Hochschulen des Landes Nordrhein-Westfalen (Hochschulgesetz - HG) in der Fassung der Bekanntmachung des Hochschulzukunftsgesetzes (HZG NRW) vom 11. September 2014 (GV. NRW S. 547), erlässt die Hochschule Bochum folgende Wahlordnung:

Inhaltsübersicht:

Teil I - Allgemeine Regelungen

§ 1 Geltungsbereich

Teil II - Wahlen zum Senat und zu den Fachbereichsräten

- § 2 Durchführung der Wahlen; Mitgliedschaft in der Qualitätsverbesserungskommission; Amtszeit
- § 3 Geschlechtergerechte Zusammensetzung der Gremien und Organe
- § 4 Wahlrecht für die Wahlen zum Senat und zu den Fachbereichsräten; Gruppenwahl
- § 5 Zusammensetzung der Organe und Sitzverteilung
- § 6 Entbehrlichkeit von Wahlen
- § 7 Wahlausschuss des Senats
- § 8 Wahlvorstand
- § 9 Unterstützung des Wahlvorstandes
- § 10 Aufstellung des Wählerinnen- und Wählerverzeichnis
- § 11 Wahlausschreiben
- § 12 Wahlvorschläge
- § 13 Inhalt der Wahlvorschläge
- § 14 Behandlung der Wahlvorschläge
- § 15 Nachfrist für das Einreichen von Wahlvorschlägen
- § 16 Bezeichnung der Wahlvorschläge
- § 17 Wahlsystem
- § 18 Wahlbekanntmachung
- § 19 Ausübung des Wahlrechts
- § 20 Wahlhandlung
- § 21 Briefwahl
- § 22 Feststellung des Wahlergebnisses
- § 23 Wahlunterschrift
- § 24 Ermittlung der gewählten Vertreterinnen und Vertreter bei personalisierter Verhältniswahl
- § 25 Ermittlung der gewählten Vertreterinnen und Vertreter bei Mehrheitswahl
- § 26 Benachrichtigung der gewählten Bewerberinnen und Bewerber; Benachrichtigung der Präsidentin oder des Präsidenten
- § 27 Wahlwiederholung
- § 28 Veränderung in der Gruppenzugehörigkeit

- § 29 Wahlprüfung
- § 30 Aufbewahrung der Wahlunterlagen
- § 31 Eintritt von Ersatzmitgliedern; Nachwahlen

Teil III - Wahl der Dekanin oder des Dekans und der Prodekanin oder des Prodekans; Wahl der Mitglieder des Dekanats

- § 32 Verfahren
- § 33 Wahl der Dekanin oder des Dekans und der Prodekanin oder des Prodekans
- § 34 Wahl der Mitglieder des Dekanats

Teil IV - Wahl der zentralen Gleichstellungsbeauftragten und ihrer Stellvertretung; Wahl der Gleichstellungsbeauftragten der Fachbereiche

- § 35 Wahl der zentralen Gleichstellungsbeauftragten und ihrer Stellvertretung
- § 36 Wahl der Gleichstellungsbeauftragten der Fachbereiche und ihrer Stellvertretung;
Gemeinsame Gleichstellungsbeauftragte der Fachbereiche

Teil V - Wahl der Standortsprecherin oder des Standortsprechers

- § 37 Wahl der Standortsprecherin oder des Standortsprechers des Standorts
Velbert/Heiligenhaus

Teil VI - Wahl der Vertretung der Belange studentischer Hilfskräfte

- § 38 Wahl des Mitglieds der Stelle zur Vertretung der Belange studentischer Hilfskräfte

Teil VII - Mitgliederinitiative

- § 39 Mitgliederinitiative der Hochschule
- § 40 Mitgliederinitiative des Fachbereichs

Teil VIII - Schlussbestimmungen

- § 41 Übergangsregelungen, In-Kraft-Treten, Außer-Kraft-Treten

Teil I Allgemeine Regelungen

§ 1 Geltungsbereich

¹Diese Wahlordnung gilt für die Wahlen der folgenden Organe und Gremien der Hochschule Bochum:

1. Senat,
2. Fachbereichsräte,
3. Dekaninnen und Dekane,
4. Prodekaninnen und Prodekane,
5. Gleichstellungsbeauftragte,
6. Standortsprecherinnen und Standortsprecher,
7. Vertretung der Belange studentischer Hilfskräfte

²Darüber hinaus regelt sie die Mitgliederinitiative der Hochschule und die Mitgliederinitiative der Fachbereiche.

Teil II Wahlen zum Senat und zu den Fachbereichsräten

§ 2

Durchführung der Wahlen; Mitgliedschaft in der Qualitätsverbesserungskommission; Amtszeit

- (1) ¹Die Wahlen werden als verbundene Wahlen
 - zum Senat,
 - zu den Fachbereichsräten und
 - die der Gleichstellungsbeauftragten der Fachbereiche,alle 2 Jahre gleichzeitig im Januar eines Jahres durchgeführt. ²Die Vorbereitung der Wahlen beginnt spätestens im November des Vorjahres.
- (2) ¹Die studentischen Wahlmitglieder des Senats und der Fachbereichsräte sowie die Vertretung der Belange studentischer Hilfskräfte werden darüber hinaus nach Ablauf ihrer einjährigen Amtszeit neu gewählt.
- (3) ¹Die studentischen Mitglieder des Senats sind zugleich Mitglied der Qualitätsverbesserungskommission. ²Das Nähere regelt die Grundordnung der Hochschule Bochum. ³Im Wahlausschreiben (§ 11) und in der Wahlbekanntmachung (§ 18) weist der Wahlvorstand hierauf ausdrücklich hin.
- (4) ¹Die Wahl der zentralen Gleichstellungsbeauftragten und die der Standortsprecherin oder Standortsprechers des Standorts Velbert/Heiligenhaus erfolgt alle vier Jahre zusammen mit den Wahlen gemäß Absatz 1.
- (5) ¹Die Amtszeit der Mitglieder der gewählten Gremien und Organe beginnt am jeweils am 1. März.

§ 3

Geschlechtergerechte Zusammensetzung der Gremien und Organe

- (1) ¹Die Gremien und Organe der Hochschule müssen geschlechterparitätisch besetzt werden, es sei denn, im Einzelfall liegt eine sachlich begründete Ausnahme vor. ²Auf die paritätische Repräsentanz soll bei der Aufstellung von Listen und Kandidaturen geachtet werden.
- (2) ¹Soweit Gremien oder Organe nach Gruppen getrennt besetzt werden, wird dem Gebot der geschlechterparitätischen Besetzung im Sinne des Satzes 1 für die Gruppe der Hochschullehrerinnen und Hochschullehrer dadurch entsprochen, dass ihr Frauenanteil jeweils mindestens dem Frauenanteil entspricht, der in der Gruppe ausgewiesen ist, aus deren Kreis die Gremienbesetzung oder Organbildung erfolgt, und hinsichtlich der weiteren Gruppen eine geschlechterparitätische Besetzung vorliegt. ²Voraussetzung dafür ist, dass eine geschlechterparitätische Besetzung in der Gruppe der Hochschullehrerinnen und Hochschullehrer trotz intensiver Bemühungen nicht gelingt; die Bemühungen sind aktenkundig zu machen.
- (3) ¹Besteht das Benennungsrecht in einem Gremium oder Organ nur für eine Person, müssen Frauen und Männer alternierend berücksichtigt werden, es sei denn, im Einzelfall liegt eine sachlich begründete Ausnahme vor. ²Bei ungerader Personenzahl gilt dies entsprechend für die letzte Position.
- (4) ¹Die Ausnahmegründe für ein Abweichen von den Bestimmungen zur geschlechtergerechten Gremienbesetzung bzw. Organbildung sind in dem einzelnen Abweichungsfall aktenkundig zu machen. ²Sind die Ausnahmegründe im Falle der Besetzung des Senats oder des Fachbereichsrats nicht aktenkundig gemacht worden, ist das jeweilige Gremium unverzüglich aufzulösen und neu zu bilden, es sei denn, die Gründe werden unverzüglich nachträglich aktenkundig gemacht.

§ 4

Wahlrecht für die Wahlen zum Senat und zu den Fachbereichsräten; Gruppenwahl

(1) ¹Die Mitglieder der Hochschule Bochum nach § 9 Hochschulgesetz (als solche gelten auch die befristet Beschäftigten, die vom Zeitpunkt des Wahltermins an weitere sechs Monate in der Hochschule beschäftigt sind) haben - mit Ausnahme der Präsidentin oder des Präsidenten und der Kanzlerin oder des Kanzlers - das aktive und passive Wahlrecht zum Senat.

(2) ¹Die Mitglieder der einzelnen Fachbereiche haben darüber hinaus das aktive und das passive Wahlrecht zu den jeweiligen Fachbereichsräten; abweichend davon haben die Dekaninnen und Dekane sowie die Prodekaninnen und Prodekane während ihrer insgesamt vierjährigen Amtszeit nur das aktive Wahlrecht zu den Fachbereichsräten. ²Dies gilt nicht, wenn ihre oder seine Amtszeit als Dekanin oder Dekan bzw. Prodekanin oder Prodekan endet, bevor die Amtszeit des neu zu wählenden Fachbereichsrats beginnt.

(3) ¹Das Wahlrecht ist nach Gruppen getrennt auszuüben. Für die Vertretung in den Gremien bilden

- die Hochschullehrerinnen und Hochschullehrer,
- die akademischen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter (Lehrkräfte für besondere Aufgaben und wissenschaftliche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter),
- die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in Technik und Verwaltung,
- die Studierenden

jeweils eine Gruppe.

(5) ¹Wahlberechtigte Mitglieder, die mehreren Gruppen oder Fachbereichen angehören, haben innerhalb einer Frist von fünf Tagen nach Aufforderung durch den Wahlvorstand diesem gegenüber zu erklären, in welcher Gruppe oder in welchem Fachbereich sie ihr Wahlrecht ausüben wollen; die Erklärung ist für die jeweilige Wahl unwiderruflich. ²Erfolgt eine solche Erklärung nicht, legt der Wahlvorstand bzw. das Wahlbüro die betreffende Gruppe fest; die Aufforderung nach Satz 1 sieht eine entsprechende Information hierüber vor. ³Studierende, die mehreren Fachbereichen angehören, üben ihr Wahlrecht in dem Fachbereich aus, dem sie aufgrund ihrer Erklärung bei der Einschreibung angehören.

(6) ¹Als hauptberuflich im Sinne der Wahlordnung gilt eine Beschäftigung mit mindestens der Hälfte der allgemein vorgeschriebenen regelmäßigen Arbeitszeit des öffentlichen Dienstes. ²Als hauptberuflich gilt auch, wenn das betreffende Hochschulmitglied zwar mit weniger als der Hälfte der regelmäßigen Arbeitszeit des öffentlichen Dienstes beschäftigt, jedoch mit ihrem oder seinem beruflichen Schwerpunkt an der Hochschule tätig ist.

§ 5

Zusammensetzung der Organe und Sitzverteilung

(1) ¹Die Zahl der unmittelbar zu wählenden Mitglieder des Senats umfasst:

1. 6 Vertreterinnen oder Vertreter der Gruppe der Hochschullehrerinnen und Hochschullehrer,
2. 3 Vertreterinnen oder Vertreter der Gruppe der akademischen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter,
3. 3 Vertreterinnen oder Vertreter der Gruppe der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in Technik und Verwaltung,
4. 6 Vertreterinnen oder Vertreter der Gruppe der Studierenden.

(2) ¹Die Zahl der unmittelbar zu wählenden Mitglieder des Fachbereichsrates umfasst:

1. 6 Vertreterinnen oder Vertreter der Gruppe der Hochschullehrerinnen und Hochschullehrer,
2. 1 Vertreterin oder Vertreter der Gruppe der akademischen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter,
3. 1 Vertreterin oder Vertreter der Gruppe der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in Technik und Verwaltung,
4. 3 Vertreterinnen oder Vertreter der Gruppe der Studierenden.

(3) ¹Von einer Gruppe nicht in Anspruch genommene Sitze werden nicht anderweitig besetzt. § 6 Absatz 2 bleibt unberührt.

§ 6 Entbehrlichkeit von Wahlen

- (1) ¹Gehören einer Gruppe nicht mehr wählbare Vertreterinnen oder Vertreter an, als ihr Sitze in einem Organ zustehen, so sind die wählbaren Vertreterinnen oder Vertreter dieser Gruppe ohne Wahl Mitglieder des entsprechenden Organs.
- (2) ¹Steigt im Falle des Absatzes 1 die Zahl der wählbaren Mitglieder einer Gruppe nach dem Stichtag, so werden die Hinzugekommenen in der Reihenfolge ihres Hinzukommens Mitglieder des Organs, bis die Zahl der für die Gruppe vorgesehenen Sitze erreicht ist. ²Verlieren Gruppenvertreterinnen oder Gruppenvertreter, die ohne Wahl Mitglied eines Organs geworden sind, ihre Wählbarkeit zu dem Organ, so gilt Satz 1 für das Nachrücken weiterer Gruppenvertreterinnen oder Gruppenvertreter entsprechend.

§ 7 Wahlausschuss des Senats

- (1) ¹Dem Wahlausschuss des Senats gehört jeweils eine Senatsvertreterin oder ein Senatsvertreter der im Senat vertretenen vier Gruppen an. ²Das Nähere regelt die Geschäftsordnung des Senats.
- (2) ¹Der Wahlausschuss des Senats bestellt die Mitglieder des Wahlvorstandes gemäß § 8 und beruft dessen erste Sitzung ein. ²Mit der Einberufung der Sitzung kann er das Wahlbüro beauftragen.
- (3) ¹Der Wahlausschuss des Senats entscheidet über Einsprüche (§ 29) und stellt den Eintritt von Ersatzmitgliedern für ausgeschiedene Mitglieder fest (§ 31 Absatz 1); ggf. setzt er eine Neuwahl an (§ 31 Absatz 5). ²Mit der Feststellung des Eintritts von Ersatzmitgliedern für ausgeschiedene Mitglieder kann der Wahlausschuss das Wahlbüro beauftragen.

§ 8 Wahlvorstand

- (1) ¹Die Wahlen werden durch einen gemeinsamen Wahlvorstand vorbereitet und geleitet.
- (2) ¹Der Wahlvorstand besteht aus:
1. 2 Mitgliedern der Gruppe der Hochschullehrerinnen und Hochschullehrer,
 2. 2 Mitgliedern der Gruppe der akademischen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter,
 3. 2 Mitgliedern der Gruppe der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in Technik und Verwaltung,
 4. 2 Mitgliedern der Gruppe der Studierenden.

²Die Mitglieder des Wahlvorstandes müssen in ihrer jeweiligen Gruppe wahlberechtigt sein. ³Bei der Bestellung sollen die Fachbereiche angemessen berücksichtigt werden. ⁴Die Übernahme einer Funktion im Wahlvorstand kann nur aus einem wichtigen Grund abgelehnt werden. ⁵Entsprechendes gilt für den Rücktritt. ⁶Über die Berechtigung einer Ablehnung oder eines Rücktritts entscheidet abschließend der Wahlausschuss des Senats.

(3) ¹Der Wahlvorstand wählt aus seiner Mitte eine Vorsitzende oder einen Vorsitzenden und eine Stellvertreterin oder einen Stellvertreter. ²Die oder der Vorsitzende des Wahlvorstands gibt die Namen der Mitglieder des Wahlvorstandes unverzüglich in der Hochschule bekannt.

(4) ¹Der Wahlvorstand ist ohne Rücksicht auf die Zahl der in den Sitzungen anwesenden Mitglieder beschlussfähig. ²Er fasst seine Beschlüsse mit der Mehrheit der abgegebenen Stimmen. ³Der Wahlvorstand fertigt über jede seiner Sitzungen eine Niederschrift an. ⁴Sie enthält mindestens Angaben über

1. Ort und Tag der Sitzung,
2. Gegenstand der Beratung und Beschlussfassung,

3. Beratungsergebnisse, Abstimmungsverhältnisse und Beschlüsse.

⁵Die Niederschrift ist von der oder dem Vorsitzenden oder von der Stellvertreterin oder dem Stellvertreter und einem Mitglied des Wahlbüros zu unterzeichnen.

(5) ¹Bekanntmachungen und Mitteilungen des Wahlvorstandes werden unverzüglich an den dafür vorgesehenen Stellen ausgehängt und zusätzlich zum nächstmöglichen Termin in den Amtlichen Bekanntmachungen der Hochschule Bochum veröffentlicht.

§ 9

Unterstützung des Wahlvorstands

(1) ¹Der Wahlvorstand kann wahlberechtigte Mitglieder der Hochschule als Wahlhelferinnen oder Wahlhelfer zu seiner Unterstützung bei der Stimmabgabe und Stimmenzählung bestellen. ²Die Regelungen über die Ablehnung dieser Funktion oder den Rücktritt gemäß § 8 Absatz 2 finden entsprechend Anwendung.

(2) ¹Der Wahlvorstand wird bei der Vorbereitung und Durchführung der Wahlen von einem Wahlbüro unterstützt. ²Dem Wahlbüro gehören i. d. R. zwei Mitarbeiterinnen oder Mitarbeiter der Hochschulverwaltung an. ³Der Wahlvorstand kann bestimmte Aufgaben im Rahmen der Vorbereitung und Durchführung der Wahlen auf das Wahlbüro übertragen.

(3) ¹Die Hochschule hat den Wahlvorstand und das Wahlbüro bei der Erfüllung seiner Aufgaben zu unterstützen, die notwendigen Unterlagen zur Verfügung zu stellen und die erforderlichen Auskünfte zu erteilen.

§ 10

Aufstellung des Wählerinnen- und Wählerverzeichnisses

(1) ¹Der Wahlvorstand oder das Wahlbüro lässt das Verzeichnis der Wahlberechtigten (Wählerinnen- und Wählerverzeichnis) durch die Verwaltung der Hochschule erstellen. ²Das Wählerinnen- und Wählerverzeichnis ist jeweils nach Gruppen sowie bei den Wahlen zu den Fachbereichsräten zusätzlich nach Fachbereichen zu gliedern. ³Die Verwaltung der Hochschule hat das Wählerinnen- und Wählerverzeichnis in Abstimmung mit dem Wahlvorstand bis zum Abschluss der Stimmabgabe zu berichtigen.

(2) ¹Wählen darf nur, wer in das Wählerinnen- und Wählerverzeichnis eingetragen ist (bzw. bei Studierenden auch, wer einen gültigen Studierendenausweis der Hochschule Bochum vorlegt). ²Gewählt werden darf nur, wer bis zum Ablauf der Frist für die Einreichung der Wahlvorschläge in das Wählerinnen- und Wählerverzeichnis eingetragen ist. ³Sofern gem. § 6 Absatz 1 wählbare Vertreterinnen oder Vertreter einer Gruppe ohne Wahl Mitglieder des entsprechenden Organs werden, ruht deren Wahlrecht zu dem Organ.

(3) ¹Das Wählerinnen- und Wählerverzeichnis ist vom Tage der Bekanntmachung des Wahlausschreibens an bis zum Abschluss der Stimmabgabe im Wahlbüro bzw. dem Wahlraum zur Einsicht auszulegen. ²Jedes wahlberechtigte Mitglied der Hochschule kann beim Wahlbüro schriftlich oder zur Niederschrift bis spätestens 12.00 Uhr am dritten Werktag vor der Wahl Einspruch gegen die Richtigkeit des Wählerinnen- und Wählerverzeichnisses einlegen. ³Richtet sich der Widerspruch gegen die Eintragung Dritter, so sollen diese vom Wahlbüro über den Einspruch unterrichtet und am weiteren Verfahren beteiligt werden. ⁴Die Entscheidung des Wahlvorstandes über den Einspruch und die Bekanntgabe der Entscheidung an die Einspruchsführerin oder den Einspruchsführer erfolgen unverzüglich, spätestens jedoch bis zum Beginn der Stimmabgabe. ⁵Ist der Einspruch begründet, hat die Verwaltung der Hochschule das Wählerinnen- und Wählerverzeichnis in Abstimmung mit dem Wahlvorstand zu berichtigen.

§ 11

Wahlausschreiben

(1) ¹Der Wahlvorstand soll spätestens am 15. November eines Jahres das Wahlausschreiben erlassen. ²Es ist von der oder dem Vorsitzenden oder von der Stellvertreterin oder dem Stellvertreter und einem Mitglied des Wahlbüros zu unterzeichnen. ³Das Wahlausschreiben ist am Tage seines Erlasses bekannt zu geben und muss vom Tage seines Erlasses bis zum Abschluss der Stimmabgabe aushängen. ⁴Offenbare Unrichtigkeiten des Wahlausschreibens können vom Wahlbüro der Hochschulverwaltung jederzeit berichtet werden.

(2) ¹Das Wahlausschreiben muss enthalten:

1. Ort und Tag seines Erlasses,
2. die Zahl der für die einzelnen Organe zu wählenden Mitglieder, getrennt nach Gruppen,
3. den Hinweis auf das Gebot der geschlechtergerechten Zusammensetzung von Gremien und das in diesem Zusammenhang bestehende Dokumentationsanforderung der Bemühungen im Hinblick darauf, dass eine geschlechterparitätische Besetzung möglicherweise nicht gelingt,
4. den Hinweis auf die Rechtsfolgen für den Fall einer nicht gelingenden geschlechterparitätischen Besetzung der Gremien, ohne dass eine sachlich begründete Ausnahme vorliegt (unverzügliche Auflösung und Neubildung des Senats und der Fachbereichsräte),
5. Zeit und Ort für die Einsichtnahme in das Wählerinnen- und Wählerverzeichnis und die Wahlordnung,
6. die Mitteilung, in welchen Gruppen eine Wahl voraussichtlich entfällt, weil die Zahl der Wahlberechtigten die Zahl der der Gruppe zustehenden Sitze nicht übersteigt,
7. den Hinweis, dass nur diejenige oder derjenige das Wahlrecht hat, die oder der in das Wählerinnen- und Wählerverzeichnis eingetragen ist,
8. den Hinweis auf die Möglichkeit, Einspruch gegen das Wählerinnen- und Wählerverzeichnis einzulegen, die Form und die Fristen für diese Einsprüche,
9. die Aufforderung, unter Verwendung der vorgeschriebenen Vordrucke, deren Bezugsstelle anzugeben ist, innerhalb von drei Wochen nach Erlass des Wahlausschreibens Wahlvorschläge beim Wahlvorstand oder beim Wahlbüro einzureichen; der letzte Tag der Einreichungsfrist ist anzugeben,
10. den Hinweis, dass jedes Hochschulmitglied für die Wahl des betreffenden Organs nur auf einem Wahlvorschlag benannt werden darf,
11. den Hinweis, dass jedes Hochschulmitglied jeweils nur einen Wahlvorschlag für die Wahl zu einem Organ unterzeichnen darf,
12. die Zahl der für die Wahlvorschläge jeweils erforderlichen Unterschriften,
13. den Hinweis, dass nur fristgerecht eingereichte Wahlvorschläge berücksichtigt werden und dass nur gewählt werden kann, wer in einem solchen Wahlvorschlag aufgenommen ist,
14. den Hinweis, dass die Wahlvorschläge in der Wahlbekanntmachung bekannt gegeben werden,
15. den Ort und die Zeit der Stimmabgabe,
16. die Regelungen für die Briefwahl mit Angabe der Frist für die Briefwahlanträge und der Stelle, an die solche Anträge zu richten sind,
17. den Ort und die Zeit der Sitzung, in der das Wahlergebnis festgestellt wird.

§ 12

Wahlvorschläge

(1) ¹Die Wahlvorschläge sind gesondert für die Wahl der einzelnen Gremien und, soweit diese Ordnung keine anderweitige Regelung vorsieht, getrennt nach Gruppen innerhalb von drei Wochen nach dem Erlass des Wahlausschreibens beim Wahlvorstand oder beim Wahlbüro der Hochschulverwaltung einzureichen.

(2) ¹Die Wahlvorschläge sollen unter Beachtung des Gebots der geschlechtergerechten Besetzung von Gremien möglichst doppelt so viele Bewerberinnen und Bewerber enthalten, wie der Gruppe Sitze in dem jeweiligen Organ zustehen. ²Für den Fall, dass die paritätische Repräsentanz bei der Aufstellung von Listen und Kandidaturen trotz intensiver Bemühungen nicht erreicht werden kann, sind diese Bemühungen in schriftlicher Form (Beiblatt zum Wahlvorschlag) aktenkundig zu machen; zuständig ist die im Wahlvorschlag als gegenüber dem Wahlvorstand als vertretungsberichtig eingetragene oder gekennzeichnete Person.

(3) ¹Wahlvorschläge können nur von wahlberechtigten Hochschulmitgliedern der jeweiligen Gruppe und für die Wahlen der Fachbereichsräte darüber hinaus nur von wahlberechtigten Mitgliedern des jeweiligen Fachbereichs unterzeichnet werden. ²Ist ein Wahlvorschlag von nichtvorschlagsberechtigten Personen unterzeichnet worden, so werden diese gestrichen. ³Jede vorschlagsberechtigte Person kann für jede der einzelnen Wahlen rechtswirksam nur einen Vorschlag unterzeichnen. ⁴Hat eine vorschlagsberechtigte Person für eine der einzelnen Wahlen mehrere Wahlvorschläge unterzeichnet, zählt ihre Unterschrift nur auf dem zuerst eingegangenen oder als zuerst eingegangen geltenden Wahlvorschlag; auf den weiteren Wahlvorschlägen wird sie gestrichen.

(4) ¹Für die Wahlen dürfen nur wählbare Hochschulmitglieder der jeweiligen Gruppe und für die Wahlen der Fachbereichsräte darüber hinaus nur Mitglieder des jeweiligen Fachbereichs, für die Wahl zur Standortsprecherin oder zum Standortsprecher nur Mitglieder der Gruppe der Hochschullehrerinnen und Hochschullehrer mit Dienstort am Standort Velbert/Heiligenhaus und für die Wahl der Vertretung der Belange studentischer Hilfskräfte nur Studierende vorgeschlagen werden. ²Jede Bewerberin und jeder Bewerber darf für jede der einzelnen Wahlen nur in einem Wahlvorschlag benannt werden. ³Wird eine Bewerberin oder ein Bewerber in mehreren Wahlvorschlägen benannt, so gilt der zuerst eingegangene oder der als zuerst eingegangen geltende Wahlvorschlag. ⁴In den übrigen Wahlvorschlägen wird die Bewerberin oder der Bewerber gestrichen.

(5) ¹Wahlvorschläge, die den Vorschriften von Absatz 4 Satz 1 oder § 13 Absatz 2 nicht entsprechen oder nicht fristgerecht eingereicht werden, sind ungültig.

§ 13

Inhalt der Wahlvorschläge

(1) ¹Jeder Wahlvorschlag muss folgende Angaben enthalten:

1. die Wahl, für die die Bewerberinnen oder Bewerber benannt werden,
2. die Gruppe, für die die Bewerberinnen oder Bewerber benannt werden,
3. Name, Vorname, Angabe zum Geschlecht, Gruppen- und Fachbereichszugehörigkeit sowie bei Studierenden die Matrikelnummer der Bewerberinnen oder Bewerber,
4. im Falle einer Verbindung von Wahlvorschlägen einander entsprechende Erklärungen hierüber in den betroffenen Listen.

(2) ¹Jeder Wahlvorschlag muss von mindestens zwei vom Hundert, wenigstens aber von zwei und höchstens 25 Vorschlagsberechtigten für die jeweilige Wahl unter Angabe der Gruppen- und Fachbereichszugehörigkeit gültig unterzeichnet sein. ²Der Wahlvorschlag muss die schriftliche Zustimmungserklärung der oder des Vorgeschlagenen enthalten.

(3) ¹Die Namen der einzelnen Bewerberinnen und Bewerber sind auf dem Wahlvorschlag untereinander aufzuführen, mit der Angabe des Geschlechts und mit fortlaufenden Nummern oder mit einer Kombination aus der Angabe des Geschlechts und einer fortlaufenden Nummer zu versehen. ²Die Wahlvorschläge sind auf Vordrucken abzugeben, die das Wahlbüro ausgibt.

(4) ¹Dem Wahlvorschlag soll zu entnehmen sein, welche Unterzeichnerin oder welcher Unterzeichner zur Vertretung gegenüber dem Wahlvorstand und zur Entgegennahme von Erklärungen und Entscheidungen des Wahlvorstandes berechtigt und zugleich für die Dokumentation der Bemühungen im Hinblick auf eine geschlechtergerechte Besetzung der Gremien zuständig ist. ²Fehlt eine Angabe hierüber, gilt diejenige Unterzeichnerin oder derjenige Unterzeichner als berechtigt bzw. zuständig, die oder der an erster Stelle steht.

(5) ¹Wahlvorschläge können mit einem Kennwort versehen werden.

§ 14

Behandlung der Wahlvorschläge

(1) ¹Der Wahlvorstand oder das Wahlbüro der Hochschulverwaltung nehmen die Wahlvorschläge entgegen. Auf Nachfrage wird eine Empfangsbescheinigung ausgestellt. ²Auf den Wahlvorschlägen und den Empfangsbescheinigungen sind Tag und Uhrzeit des Eingangs zu vermerken. ³Dies gilt entsprechend, wenn ein berechtigter Wahlvorschlag erneut eingereicht wird.

(2) ¹Der Wahlvorstand hat in Zusammenarbeit mit dem Wahlbüro die Wahlvorschläge unverzüglich zu prüfen. ²Werden Mängel festgestellt, regt der Wahlvorstand unverzüglich, unter Rückgabe des Wahlvorschlages, die fristgerechte Berichtigung der zu bezeichnenden Mängel an; die Frist für die Vorlage berechtigter Wahlvorschläge endet zu dem in § 15 Absatz 1 (Nachfrist) bestimmten Zeitpunkt. ³Stellt der Wahlvorstand oder das Wahlbüro Ungültigkeit fest, wird der Wahlvorschlag unverzüglich unter Angabe der Gründe zurückgegeben und die Einreichung eines ordnungsgemäßen neuen Wahlvorschlages innerhalb der Einreichungsfrist angeregt. ⁴Mängelrüge und Anregung sollen gegenüber den vertretungsberechtigten Vorschlagenden ausgesprochen werden.

(3) ¹Hinsichtlich einer fehlenden Dokumentation der Bemühungen im Zusammenhang mit dem Gebot der geschlechtergerechten Zusammensetzung der Gremien gilt Absatz 2 entsprechend.

§ 15

Nachfrist für das Einreichen von Wahlvorschlägen

(1) ¹Ist nach Ablauf der Einreichungsfrist für die einzelnen Wahlen jeweils nicht mindestens ein gültiger Wahlvorschlag für eine Gruppe eingegangen, so gibt der Wahlvorstand sofort bekannt, für welche Wahl und für welche Gruppe kein Wahlvorschlag vorliegt. ²Das gleiche gilt, wenn die Wahlvorschläge für eine der einzelnen Wahlen und Gruppen insgesamt weniger Bewerberinnen oder Bewerber benennen, als dieser Gruppe in dem Organ Sitze zustehen. ³Der Wahlvorstand fordert unter Hinweis auf die Folgen gemäß § 3 bzw. § 5 Absatz 3 zur Einreichung von Wahlvorschlägen innerhalb einer Nachfrist von fünf Werktagen auf. ⁴§ 14 mit Ausnahme von Absatz 2 Satz 2 zweiter Halbsatz gilt entsprechend.

(2) ¹Geht für die Gruppe der Hochschullehrerinnen und Hochschullehrer für eine der einzelnen Wahlen jeweils auch innerhalb der Nachfrist kein gültiger Wahlvorschlag ein oder werden so wenige Kandidatinnen oder Kandidaten benannt, dass die vorgeschriebene Zahl der Vertreterinnen oder Vertreter dieser Gruppe nicht erreicht werden kann, so ist die Wahl zu dem jeweiligen Organ auszusetzen. ²Dies ist unverzüglich bekannt zu geben und dem Präsidium mitzuteilen. ³Die Präsidentin oder der Präsident berichtet unverzüglich dem Hochschulrat.

(3) ¹Geht im Übrigen auch innerhalb der Nachfrist kein gültiger Wahlvorschlag ein oder benennen die Wahlvorschläge für eine der einzelnen Wahlen und Gruppen insgesamt weniger Bewerberinnen oder Bewerber als dieser Gruppe in dem Organ Sitze zustehen, gibt der Wahlvorstand dies unverzüglich unter Hinweis auf die Folgen nach § 5 Absatz 3 bekannt.

§ 16

Bezeichnung der Wahlvorschläge

¹Der Wahlvorstand oder das Wahlbüro versieht die gültigen Wahlvorschläge der Gruppen in der Reihenfolge ihres Eingangs mit Ordnungsnummern (Vorschlag 1 usw.). ²Bei berechtigten Wahlvorschlägen ist der Zeitpunkt des Eingangs des berechtigten Wahlvorschlags maßgebend. ³Sind mehrere Wahlvorschläge gleichzeitig eingegangen, so entscheidet das Los über die Reihenfolge.

§ 17

Wahlsystem

- (1) ¹Der Wahlvorstand stellt fest, ob die Gruppenvertreterinnen oder Gruppenvertreter der einzelnen Organe nach den Grundsätzen der personalisierten Verhältniswahl oder nach den Grundsätzen der Mehrheitswahl zu wählen sind.
- (2) ¹Die personalisierte Verhältniswahl wird aufgrund lose gebundener Listen durchgeführt. ²Sie findet statt, wenn je Wahl und Gruppe mehrere gültige Wahlvorschläge eingegangen sind.
- (3) ¹Nach den Grundsätzen der Mehrheitswahl (Personenwahl) ist zu wählen, wenn je Wahl und Gruppe nur ein gültiger Wahlvorschlag eingegangen ist oder wenn nur eine Vertreterin oder ein Vertreter einer Gruppe zu wählen ist.

§ 18

Wahlbekanntmachung

- (1) ¹Nach Ablauf der in § 12 Absatz 1 oder in § 15 Absatz 1 genannten Frist bzw. Nachfrist, spätestens jedoch am vierten Werktag vor Beginn der Stimmabgabe erfolgt die Wahlbekanntmachung durch den Wahlvorstand. ²Diese enthält:
1. die Aufforderung zur Stimmabgabe mit dem Hinweis auf den Wahlzeitraum, die Wahlräume und auf die Tageszeiten für die Stimmabgabe,
 2. die Regelungen für die Stimmabgabe,
 3. die zugelassenen Wahlvorschläge einschließlich der Bezeichnung verbundener Wahlvorschläge.
 4. den Hinweis, zu welchem Organ in welcher Gruppe eine Wahl entfällt, weil der Gruppe nicht mehr wählbare Mitglieder angehören, als ihr Sitze in dem Organ zustehen,
 5. den Hinweis auf das Gebot der geschlechtergerechten Zusammensetzung von Gremien und
 6. den Hinweis auf die Rechtsfolgen für den Fall einer nicht gelingenden geschlechterparitätischen Besetzung der Gremien, ohne dass eine sachlich begründete Ausnahme vorliegt (unverzögliche Auflösung und Neubildung des Senats und der Fachbereichsräte),
- (2) ¹Die Wahlbekanntmachung ist auch in den Wahlräumen auszuhängen. ²Der Aushang erfolgt bis zum Ablauf der Stimmabgabe.
- (3) ¹Die Wahlbekanntmachung ist von der oder dem Vorsitzenden des Wahlvorstandes oder von der Stellvertreterin oder dem Stellvertreter und einem Mitglied des Wahlbüros zu unterzeichnen.

§ 19

Ausübung des Wahlrechts

- (1) ¹Gewählt werden kann nur, wer in einem gültigen Wahlvorschlag benannt ist.
- (2) ¹Die Stimmabgabe soll spätestens fünf Wochen nach dem Ablauf der Frist nach § 12 Absatz 1 und der Nachfrist nach § 15 Absatz 1 erfolgen.
- (3) ¹Das Wahlrecht wird durch Abgabe eines Stimmzettels ausgeübt. ²Für die einzelnen Wahlen oder Gruppen werden unterschiedliche Stimmzettel verwendet; im Übrigen müssen die jeweiligen Stimmzettel mit Ausnahme ihrer Farbe gleich beschaffen sein.
- (4) ¹Bei der personalisierten Verhältniswahl sind auf dem Stimmzettel die Wahlvorschläge in der Reihenfolge der ihnen zugeteilten Ordnungsnummern abzdrukken. ²Die Namen und Vornamen der Bewerberinnen und Bewerber sind entsprechend der Reihenfolge im eingereichten Wahlvorschlag aufzuführen. ³Der Stimmzettel muss Raum für das Ankreuzen der einzelnen Bewerberinnen und Bewerber des Wahlvorschlags vorsehen. ⁴Das Kennwort der Liste ist gegebenenfalls als Zusatz aufzuführen.

- (5) ¹Bei Mehrheitswahl findet Absatz 4 entsprechende Anwendung.
- (6) ¹Bei der personalisierten Verhältniswahl hat jede oder jeder Wahlberechtigte für jede Wahl nur eine Stimme. ²Auf dem Stimmzettel ist deutlich darauf hinzuweisen, dass nur eine Bewerberin oder ein Bewerber angekreuzt werden kann. ³Zusätzlich ist darauf hinzuweisen, dass die Stimme für eine Bewerberin oder einen Bewerber auch zugunsten der gesamten Liste gezählt wird.
- (7) ¹Bei Mehrheitswahl in einer Gruppe hat die oder der Wahlberechtigte je Wahl so viele Stimmen, wie Sitze auf die Gruppe entfallen. ²Bei der Wahl zu den Fachbereichsräten hat in der Gruppe der Hochschullehrerinnen und Hochschullehrer jede und jeder Wahlberechtigte nur max. sechs Stimmen. ³Auf dem Stimmzettel ist deutlich darauf hinzuweisen, wie viele Bewerberinnen oder Bewerber höchstens anzukreuzen sind.
- (8) ¹Jede oder jeder Wahlberechtigte hat ihre oder seine Stimme oder Stimmen auf dem Stimmzettel durch Ankreuzen an der neben dem Namen der Bewerberin oder des Bewerbers hierfür vorgesehenen Stelle persönlich abzugeben.
- (9) ¹Ungültig sind insbesondere Stimmzettel,
1. die nicht auf einem vom Wahlvorstand ausgegebenen Vordruck abgegeben sind,
 2. aus denen sich der Wille der Wählerin oder des Wählers nicht zweifelsfrei ergibt,
 3. die besondere, nicht in Absätzen 3 bis 6 vorgesehene Merkmale, Zusätze oder einen Vorbehalt enthalten,
 4. auf denen mehr Stimmen abgegeben sind, als der oder dem Wahlberechtigten zustehen.

§ 20 Wahlhandlung

- (1) ¹Grundsätzlich finden die Wahlen am festgelegten Wahltag und in der festgelegten Zeitspanne im bekanntgegebenen Wahlraum als Präsenzwahl statt. ²Wenn der Wahlvorstand es für zweckmäßig erachtet, kann er im Ganzen oder in Teilen ein reines Briefwahlverfahren durchführen. ³Die Gründe sind aktenkundig zu machen. ⁴Der Wahlvorstand hat zudem die Möglichkeit, DV-gestützte Wahlhandlungen einzuführen.
- (2) ¹Der Wahlvorstand bestimmt für jeden Wahlraum eine Wahlleiterin oder einen Wahlleiter und eine Stellvertreterin oder einen Stellvertreter, sowie Wahlhelferinnen und Wahlhelfer. ²Die Wahlleiterin oder der Wahlleiter sorgt für einen ordnungsgemäßen Ablauf der Wahl. ³Sofern im Laufe der Wahlhandlung besondere Vorkommnisse auftreten, fertigt die Wahlleiterin oder der Wahlleiter darüber ein Protokoll an.
- (3) ¹Der Wahlvorstand trifft Vorkehrungen, dass die Wählerin oder der Wähler den Stimmzettel im Wahlraum unbeobachtet kennzeichnen kann. ²Für die Aufnahme der Stimmzettel sind Wahlurnen zu verwenden. ³Vor Beginn der Stimmabgabe hat die Wahlleiterin oder der Wahlleiter festzustellen, dass die Wahlurnen leer sind und sie zu verschließen. ⁴Sie müssen so eingerichtet sein, dass die eingeworfenen Stimmzettel nicht vor Öffnung der Urne entnommen werden können. ⁵Die Verwendung getrennter Wahlurnen für die einzelnen Wahlen und Gruppen ist zulässig.
- (4) ¹Solange der Wahlraum zur Stimmabgabe geöffnet ist, müssen mindestens die Wahlleiterin oder der Wahlleiter oder ihr oder sein Stellvertreter oder eine Wahlhelferin oder ein Wahlhelfer anwesend sein.
- (5) ¹Vor Einwurf des Stimmzettels in die Urne ist festzustellen, ob die Wählerin oder der Wähler in das Wählerinnen- und Wählerverzeichnis eingetragen ist. ²Die Stimmabgabe ist im Wählerinnen- und Wählerverzeichnis zu vermerken. ³Der Nachweis der Identität kann bei Zweifeln gefordert werden. ⁴Hatte die Wählerin oder der Wähler Briefwahl beantragt oder wurde ein Briefwahlverfahren gemäß Absatz 1 Satz 2 durchgeführt, so setzt die Stimmabgabe im Rahmen der Präsenzwahl die Vorlage des Wahlscheins voraus.
- (6) ¹Wird die Wahlhandlung unterbrochen, so hat die Wahlleiterin oder der Wahlleiter für die Zwischenzeit die Wahlurnen so zu verschließen und aufzubewahren, dass der Einwurf oder die Entnahme von Stimm-

zetteln ohne Beschädigung des Verschlusses unmöglich ist. ²Bei Wiederöffnung der Wahl hat sich die Wahlleiterin oder der Wahlleiter davon zu überzeugen, dass der Verschluss unversehrt ist.

(7) ¹Die Wahlleiterin oder der Wahlleiter sorgt dafür, dass die Wahlurnen nach Beendigung der Stimmabgabe sicher und verschlossen aufbewahrt werden. ²Das Wahlbüro veranlasst, dass die Wahlurnen zur zentralen Stimmenauszählung abgeholt werden.

(8) ¹Die Wahlberechtigten dürfen im Wahllokal weder durch Aushänge - ausgenommen der Wahl dienende Aushänge des Wahlvorstandes - noch durch persönliche Anreden hinsichtlich ihrer Stimmabgabe beeinflusst werden.

§ 21 Briefwahl

(1) ¹Jede und jeder Wahlberechtigte kann von der Möglichkeit der Briefwahl Gebrauch machen, wenn sie oder er dies beim Wahlvorstand oder beim Wahlbüro persönlich, fernmündlich oder auf elektronischem Wege beantragt; die Beantragung kann auch durch eine entsprechend ausgewiesene Beauftragte oder ausgewiesenen Beauftragten erfolgen. ²Der Antrag muss spätestens bis zum Ablauf der im Wahlausschreiben genannten Frist beim Wahlvorstand oder beim Wahlbüro vorliegen. ³Der Nachweis der Identität kann bei Zweifeln gefordert werden. ⁴Der oder dem Wahlberechtigten sind die Stimmzettel mit einem Umschlag, ein größerer Freiumschlag, der die Anschrift des Wahlvorstandes und als Absender den Namen und die Anschrift der oder des Wahlberechtigten sowie den Vermerk "schriftliche Stimmabgabe" trägt, eine Briefwählerläuterung und ein Wahlschein auszuhändigen oder zu übersenden. ⁵Der Wahlvorstand oder das Wahlbüro hat die Aushändigung oder Übersendung im Wählerinnen- und Wählerverzeichnis zu vermerken.

(2) ¹Zur Ausübung des Wahlrechts gibt die oder der Wahlberechtigte die von ihr oder ihm ausgefüllten Stimmzettel in den beiliegenden Umschlag, der seinerseits zusammen mit dem Wahlschein in den Freiumschlag zu legen ist. ²Der Umschlag ist dem Wahlvorstand oder dem Wahlbüro so rechtzeitig zu übersenden, dass er vor Abschluss der Stimmabgabe vorliegt.

(3) ¹Unmittelbar vor Beginn der Stimmenauszählung entnimmt ein Mitglied des Wahlvorstandes - in Anwesenheit der oder des Vorsitzenden bzw. ihres oder seines Stellvertreters - die Umschläge, in denen die Stimmzettel enthalten sind, den bis dahin noch verschlossenen Briefumschlägen, die bis zu diesem Zeitpunkt eingegangen sind. ²Sie oder er vermerkt die Stimmabgabe und entnimmt danach die noch gefalteten Stimmzettel und legt sie gefaltet in die entsprechende Wahlurne.

(4) ¹Nach Abschluss der Stimmabgabe eingehende Briefumschläge hat der Wahlvorstand mit einem Vermerk über den Zeitpunkt des Eingangs ungeöffnet zu den Wahlunterlagen zu nehmen.

§ 22

Feststellung des Wahlergebnisses

- (1) ¹An dem Tag, welcher dem Wahltag folgt, nimmt der Wahlvorstand öffentlich die Auszählung der Stimmen vor und stellt das Wahlergebnis fest.
- (2) ¹Nach Öffnung der Wahlurnen vergleicht der Wahlvorstand die Zahl der in der Wahlurne enthaltenen Stimmzettel mit der Zahl der nach dem Wählerinnen- und Wählerverzeichnis abgegebenen Stimmen und prüft die Gültigkeit der Stimmzettel. ²Über die Gültigkeit oder Ungültigkeit von Stimmzetteln, die zu Zweifeln Anlass geben, beschließt der Wahlvorstand. ³Der Beschluss wird jeweils auf den Stimmzetteln vermerkt. ⁴Die Stimmzettel werden von den übrigen Stimmzetteln gesondert bei den Wahlunterlagen aufbewahrt.
- (3) ¹Der Wahlvorstand zählt im Falle der personalisierten Verhältniswahl die auf jede Liste und die innerhalb jeder Liste auf die einzelnen Bewerberinnen und Bewerber entfallenen gültigen Stimmen zusammen. ²Bei Listenverbindungen sind auch die auf die jeweils verbundenen Listen insgesamt entfallenden Stimmen zusammenzuzählen.
- (4) ¹Der Wahlvorstand zählt im Falle der Mehrheitswahl die auf jede Bewerberin oder jeden einzelnen Bewerber entfallenen gültigen Stimmen zusammen.
- (5) ¹Der Wahlvorstand kann den Vergleich der Zahl der in der Wahlurne enthaltenen Stimmzettel mit der Zahl der nach dem Wählerinnen- und Wählerverzeichnis abgegebenen Stimmen (Absatz 2) sowie die Aufgaben gemäß der Absätze 3 und 4 zum Zwecke der Durchführung einer DV-gestützten Stimmenzählung mit einem automatisierten Belegleseverfahren auf Dritte übertragen.

§ 23

Wahlniederschrift

- (1) ¹Nach Feststellung des Wahlergebnisses fertigt der Wahlvorstand eine Niederschrift über das Wahlergebnis an. ²Sie ist von der oder dem Vorsitzenden oder der Stellvertreterin oder dem Stellvertreter und einem Mitglied des Wahlbüros zu unterzeichnen.
- (2) ¹Die Niederschrift muss, getrennt nach Wahlen und Gruppen, enthalten:
1. die Summe der abgegebenen Stimmen,
 2. die Summen der abgegebenen gültigen sowie ungültigen Stimmen,
 3. im Falle der personalisierten Verhältniswahl die Zahl der auf jede Liste entfallenen gültigen Stimmen einschließlich der bei Listenverbindungen auf die beteiligten Listen entfallenen gültigen Stimmen,
 4. die Errechnung der Sitzverteilung auf die Listenverbindungen und Listen,
 5. die Zahl der innerhalb der Listen auf die einzelnen Bewerberinnen und Bewerber entfallenen gültigen Stimmen sowie die endgültige Reihenfolge der Kandidatinnen und Kandidaten auf den einzelnen Listen,
 6. im Falle der Mehrheitswahl die Zahl der auf jede Bewerberin und jeden Bewerber entfallenen gültigen Stimmen,
 7. die Namen der gewählten Bewerberinnen und Bewerber,
 8. im Falle von § 27 Absatz 1 Nummern 2 bis 4 einen Hinweis auf die Wahlwiederholung.
- (3) ¹Besondere Vorkommnisse bei der Feststellung des Wahlergebnisses sind in der Niederschrift zu vermerken.

§ 24

Ermittlung der gewählten Vertreterinnen und Vertreter

bei personalisierter Verhältniswahl

- (1) ¹Die Summen der auf die einzelnen Vorschlagslisten oder Listenverbindungen jeder Gruppe entfallenen gültigen Stimmen werden nebeneinander gestellt und der Reihe nach durch 1, 2, 3 usw. geteilt. ²Auf die jeweils höchste Teilzahl (Höchstzahl) wird solange ein Sitz zugeteilt, bis alle der Gruppe zustehenden Sitze verteilt sind (d'Hondtsches Verfahren). ³Reicht die Anzahl der Sitze bei gleichen Höchstzahlen nicht aus, so entscheidet das Los.
- (2) ¹Enthält eine Liste weniger Bewerberinnen oder Bewerber, als ihr nach den Höchstzahlen Sitze zustehen würden, so fallen die überschüssigen Sitze den übrigen Sitzen derselben Gruppe in der Reihenfolge der nächsten Höchstzahlen zu.
- (3) ¹Bei Listenverbindungen gelten für die Verteilung der Sitze auf die verbundenen Listen Absätze 1 und 2 entsprechend.
- (4) ¹Die Reihenfolge der Bewerberinnen und Bewerber innerhalb der Liste richtet sich nach der jeweils höchsten Zahl der auf sie entfallenen gültigen Stimmen; bei Bewerberinnen und Bewerbern mit gleicher Stimmenzahl und bei Bewerberinnen und Bewerbern, auf die keine Stimme entfallen sind, ist die Reihenfolge im Wahlvorschlag maßgebend. ²Gewählt sind so viele Bewerberinnen und Bewerber in der nach Satz 1 ermittelten Reihenfolge, wie der Gruppe Sitze zustehen.

§ 25

Ermittlung der gewählten Vertreterinnen und Vertreter bei Mehrheitswahl

¹Im Falle der Mehrheitswahl sind die Bewerberinnen und Bewerber einer Gruppe in der Reihenfolge der jeweils höchsten auf sie entfallenen Zahl der gültigen Stimmen gewählt. ²Bei gleicher Stimmenzahl entscheidet das Los.

§ 26

Benachrichtigung der gewählten Bewerberinnen und Bewerber; Benachrichtigung der Präsidentin oder des Präsidenten

- (1) ¹Der Wahlvorstand benachrichtigt die Gewählten schriftlich oder auf elektronischem Wege von ihrer Wahl.
- (2) ¹Der Wahlvorstand gibt die Namen der Gewählten durch Veröffentlichung in den Amtlichen Bekanntmachungen der Hochschule Bochum bekannt. ²Zusätzlich erfolgt ein Aushang in dem Schaukasten für die Amtlichen Bekanntmachungen; der Aushang erstreckt sich über zwei Wochen.
- (3) ¹Je eine Schrift über die Wahl zu den einzelnen Gremien und Organen gibt der Wahlvorstand zu den Unterlagen der jeweiligen Gremien und Organe und der Hochschulverwaltung.
- (4) ¹Wird bei den Wahlen zum Senat und zu den Fachbereichsräten ein Ergebnis im Sinne des Gebots der geschlechtergerechten Gremienbesetzung nicht erreicht und liegt eine sachlich begründete Ausnahme nicht vor, unterrichtet der Wahlvorstand die Präsidentin oder den Präsidenten unverzüglich hierüber.

§ 27 Wahlwiederholung

- (1) ¹Eine Wahlwiederholung findet statt, wenn und soweit
1. eine Wahl nicht durchgeführt worden ist, weil das Wahlverfahren aufgrund eines Beschlusses des Wahlvorstandes wegen eines Verstoßes gegen die Wahlrechtsvorschriften unterbrochen ist,
 2. die Zahl der abgegebenen Stimmen die Zahl der Wahlteilnehmerinnen und Wahlteilnehmer in einem Umfang übersteigt, dass Auswirkungen auf die Sitzverteilung nicht ausgeschlossen werden können,
 3. aufgrund einer Wahlprüfung (§ 29) die Wahl für ungültig erklärt wird,
 4. beim Senat und bei den Fachbereichsräten eine geschlechterparitätische Besetzung dieser Gremien in den jeweiligen Statusgruppen nicht erreicht wird, es sei denn, dass im Einzelfall eine sachlich begründete Ausnahme vorliegt und die Ausnahmegründe für ein Abweichen von den Bestimmungen der Gremienbesetzung in dem einzelnen Abweichungsfall aktenkundig gemacht sind oder unverzüglich nachträglich aktenkundig gemacht werden.
- (2) ¹In den Fällen des Absatz 1 leitet der Wahlvorstand unverzüglich die Wahlwiederholung ein; mit der Durchführung kann vor Abschluss der verbundenen Wahl begonnen werden. ²Die Wahlwiederholung ist in den Fällen des Absatzes 1 Satz 1 Nummern 1 bis 3 auf die betroffenen Gruppen zu beschränken. ³Im Übrigen findet auf die Wahlwiederholung die Vorschriften dieser Wahlordnung Anwendung. Im Wahlausschreiben ist der Grund für die Wahlwiederholung bekannt zu geben. ⁴In den Fällen des Absatzes 1 Satz 1 Nummer 4 löst die Präsidentin oder der Präsident das jeweilige Gremium unverzüglich auf.
- (3) ¹Der Wahlvorstand kann im Fall einer Wahlwiederholung durch öffentlich bekanntzugebenden Beschluss von dieser Wahlordnung abweichende Bestimmungen über Fristen und andere Zeitangaben sowie über Bekanntmachungen treffen, soweit gewährleistet ist, dass die Betroffenen ausreichend Gelegenheit erhalten, von dem Wahlausschreiben und der Wahlbekanntmachung Kenntnis zu nehmen sowie Einsprüche und Vorschläge einzureichen.

§ 28 Veränderungen in der Gruppenzugehörigkeit

¹Ein Wechsel der Gruppenzugehörigkeit während der Amtszeit ist für die Mitgliedschaft und für die Beteiligungsverhältnisse ohne Bedeutung. ²Erweist sich jedoch nachträglich, dass bei der Eintragung ins Wählerinnen- und Wählerverzeichnis von einer falschen Gruppenzugehörigkeit des Mitglieds eines Organs ausgegangen wurde, so scheidet das entsprechende Mitglied aus dem Organ aus. ³Die Vorschriften über den Eintritt von Ersatzmitgliedern (§ 31) finden Anwendung.

§ 29 Wahlprüfung

- (1) ¹Jede und jeder Wahlberechtigte kann innerhalb von vierzehn Tagen nach Bekanntgabe des Wahlergebnisses gegen die Gültigkeit der Wahl Einspruch erheben. ²Der Einspruch ist nur zulässig, wenn er nicht offensichtlich unbegründet ist oder wenn aufgrund des behaupteten Sachverhalts Auswirkungen auf die Sitzverteilung nicht ausgeschlossen werden können.
- (2) ¹Über Einsprüche entscheidet der Wahlausschuss des Senats (§ 7).
- (3) ¹Wird die Feststellung des Wahlergebnisses für ungültig erachtet, so ist sie aufzuheben und eine Neufeststellung anzuordnen.

(4) ¹Die Wahl ist ganz oder teilweise für ungültig zu erklären, wenn wesentliche Bestimmungen über die Wahlvorbereitung, die Sitzverteilung, das Wahlrecht, die Wählbarkeit oder das Wahlverfahren verletzt worden sind, es sei denn, dass dies sich nicht auf die Sitzverteilung ausgewirkt hat.

§ 30

Aufbewahrung der Wahlunterlagen

¹Die Wahlunterlagen (Bekanntmachungen, Niederschriften, Stimmzettel usw.) werden bis zum Abschluss der nächsten entsprechenden Wahl von der Hochschulverwaltung aufbewahrt.

§ 31

Eintritt von Ersatzmitgliedern; Nachwahl

(1) ¹In den Fällen des Erlöschens der Mitgliedschaft in einem Organ oder Gremium durch Niederlegung des Mandats oder durch Ausscheiden aus der Hochschule oder bei Erlöschen des Stimmrechts in einem Organ oder Gremium treten Ersatzmitglieder ein. ²Der Wahlausschuss des Senats stellt den Eintritt von Ersatzmitgliedern für ausgeschiedene Mitglieder fest; er kann das Wahlbüro hiermit beauftragen.

(2) ¹Die Ersatzmitglieder werden aus den nicht gewählten Bewerberinnen und Bewerbern derjenigen Vorschlagslisten derselben Gruppe entnommen, denen die zu ersetzenden Mitglieder angehören, sofern auf diese mindestens eine Stimme entfallen ist. ²Ist eine Liste erschöpft, so treten die nicht gewählten Bewerberinnen und Bewerber der anderen Listen derselben Gruppe in der Reihenfolge der auf die Listen entfallenen Höchstzahlen nach d'Hondt ein.

(3) ¹Absatz 2 gilt entsprechend für Listenverbindungen.

(4) ¹Soweit die ausgeschiedenen Mitglieder im Wege der Mehrheitswahl (Personenwahl) gewählt wurden, treten die nichtgewählten Bewerberinnen und Bewerber derselben Gruppe in der Reihenfolge der jeweils höchsten auf sie entfallenden Zahl der gültigen Stimmen als Ersatzmitglieder ein.

(5) ¹Stehen keine Ersatzmitglieder für frei gewordene Plätze in einem Organ oder Gremium zur Verfügung kann der Wahlausschuss des Senats für den Rest der Amtsperiode eine Nachwahl ansetzen. ²Für Nachwahlen gelten mit Ausnahme der Verfahrensfristen die Regelungen dieser Wahlordnung.

Teil III Wahl der Dekanin oder des Dekans und der Prodekanin oder des Prodekan;
Wahl der Mitglieder des Dekanats

§ 32
Verfahren

(1) ¹Die Dekanin oder der Dekan und die Prodekanin oder der Prodekan werden in der Regel vom Fachbereichsrat aus dem Kreis der Professorinnen und Professoren innerhalb der Gruppe der Hochschullehrerinnen und Hochschullehrer mit der Mehrheit der Stimmen des Gremiums gewählt. ²Das Präsidium kann im Benehmen mit dem Fachbereichsrat vorsehen, dass die Dekanin oder der Dekan hauptberuflich tätig ist. ³In diesem Fall wird für die Dauer der Amtszeit ein privatrechtliches Dienstverhältnis begründet. ⁴Zur hauptamtlichen Dekanin oder zum hauptamtlichen Dekan kann auch gewählt werden, wer eine abgeschlossene Hochschulausbildung und eine der Aufgabenstellung angemessene Leitungserfahrung besitzt (§ 27 Absatz 4 i. V. m. § 17 Absatz 1 Satz 2 HG) und nicht Mitglied des Fachbereichs bzw. nicht Mitglied der Hochschule ist. ⁵Soll von der Möglichkeit nach Satz 4 Gebrauch gemacht werden, ist der Wahl im Fachbereichsrat (§ 33) ein formelles Stellenausschreibungsverfahren vorzuschalten.

(2) ¹Die Amtszeit der Dekanin bzw. des Dekans und der Prodekanin bzw. des Prodekan beträgt vier Jahre. ²Wiederwahl ist zulässig.

(3) ¹Der Fachbereichsrat ist unverzüglich nach seiner Bildung durch die amtierende Dekanin oder den amtierenden Dekan unter Angabe der Tagesordnung mit einer Ladungsfrist von einer Woche einzuberufen. ²Der Fachbereichsrat beschließt zunächst im Benehmen mit dem Präsidium, ob die neu zu wählende Dekanin oder der neu zu wählende Dekan hauptberuflich tätig sein soll.

(4) ¹Für den Fall, dass auf die Möglichkeit einer hauptberuflichen Dekanin oder eines hauptberuflichen Dekans verzichtet wird, wählt der Fachbereichsrat in der gleichen Sitzung aus seiner Mitte eine Wahlleiterin oder einen Wahlleiter, die oder der die gleichzeitig durchzuführende Wahl von Dekanin oder Dekan und Prodekanin oder Prodekan gemäß § 33 leitet.

(5) ¹Bei vorzeitiger Beendigung der Amtszeit der Dekanin bzw. des Dekans oder der Prodekanin bzw. des Prodekan gelten Absätze 1 bis 4 entsprechend.

§ 33
Wahl der Dekanin oder des Dekans und der Prodekanin oder des Prodekan

(1) ¹Für die in der gleichen Sitzung durchzuführende Wahl der Dekanin oder des Dekans und der Prodekanin oder des Prodekan werden der Wahlleiterin oder dem Wahlleiter jeweils gesonderte Wahlvorschläge unterbreitet. ²Bewerbervorschläge werden der Wahlleiterin oder dem Wahlleiter durch Zurufe oder falls die bzw. der Vorgeschlagene nicht an der Sitzung teilnimmt, schriftlich und mit Einverständniserklärung der bzw. des Vorgeschlagenen, mitgeteilt. ³Wahlberechtigt sind die gewählten Mitglieder des Fachbereichsrats.

(2) ¹Die Stimmabgabe in der Wahlversammlung des Fachbereichs, die nach einer Vorstellung der Kandidatinnen oder Kandidaten im Fachbereichsrat und einer anschließenden Aussprache erfolgt, ist geheim und erfolgt durch Abgabe von Stimmzetteln. ²Auf den Stimmzetteln sind die Namen der Vorgeschlagenen in alphabetischer Reihenfolge aufzuführen. ³Jedes Fachbereichsratsmitglied hat eine Stimme. ⁴Stimmzettel, bei denen mehr als eine Stimme angegeben oder ein Zusatz enthalten ist, sind ungültig. ⁵Als Stimmenthaltungen werden Stimmzettel gewertet, die keine Abstimmung aufweisen. ⁶Gewählt ist die Bewerberin oder der Bewerber, die oder der die Mehrheit der Stimmen des Fachbereichsrates entsprechend seiner in der Grundordnung festgelegten Zusammensetzung mit stimmberechtigten Mitgliedern auf sich vereinigt.

(3) ¹Kommt die erforderliche Stimmenmehrheit des Fachbereichsrats für eine Kandidatin oder einen Kandidaten im ersten Wahlgang nicht zustande, findet nach einer Aussprache im Fachbereichsrat sofort ein zwei-

ter Wahlgang statt. ²Kommt auch im zweiten Wahlgang die Wahl der Bewerberin oder des Bewerbers nicht zustande, so ist in einem dritten Wahlgang aufgrund eines neuen Vorschlags mit zwei Bewerberinnen oder Bewerbern in einer weiteren Wahlversammlung diejenige Bewerberin oder derjenige Bewerber gewählt, die oder der dann in der Auswahlentscheidung die Mehrheit der Stimmen des Fachbereichsrats entsprechend seiner in der Grundordnung festgelegten Zusammensetzung mit stimmberechtigten Mitgliedern auf sich vereinigt. ³Kommt immer noch keine Wahl zustande, so beginnt ein neues Verfahren gemäß Absatz 1. § 32 gilt entsprechend.

(4) ¹Nach Abschluss der Wahl der Dekanin oder des Dekans und der Prodekanin oder des Prodekanen rücken entsprechend weitere Hochschullehrerinnen und Hochschullehrer als Mitglieder in den Fachbereichsrat nach, soweit die Gewählten Mitglieder des Fachbereichsrates waren, und zwar

- im Falle der Mehrheitswahl in der Reihenfolge der jeweils höchsten auf die einzelnen Hochschullehrerinnen und Hochschullehrer entfallenen Zahl der gültigen Stimmen bzw.
- im Falle der personalisierten Verhältniswahl in der Reihenfolge der auf die Listen entfallenen Höchstzahlen nach d'Hondt.

(5) ¹Die Wahlleiterin oder der Wahlleiter stellt das Abstimmungsergebnis fest und gibt das Wahlergebnis dem Präsidium bekannt. ²Der Ablauf des Wahlverfahrens ist zu protokollieren und zu den Unterlagen des Fachbereiches zu nehmen. ³Für die Aufbewahrung der Wahlunterlagen gilt § 30 entsprechend.

(6) ¹Die Wahl bedarf der Bestätigung durch die Präsidentin oder den Präsidenten.

§ 34

Wahl der Mitglieder des Dekanats

¹Für die Wahl der Mitglieder des Dekanats - eine Dekanin oder ein Dekan sowie maximal drei Prodekaninnen oder Prodekane - finden die Regelungen des § 32 Absätze 2, 4 und 5 sowie des § 33 entsprechende Anwendung. ²Die Dekanin oder der Dekan und die Prodekanin oder der Prodekan, die oder der die Dekanin oder den Dekan vertritt, müssen dem Kreis der Professorinnen und Professoren innerhalb der Gruppe der Hochschullehrerinnen und Hochschullehrer angehören. ³Eine Prodekanin oder ein Prodekan kann einer anderen Gruppe als der der Hochschullehrerinnen und Hochschullehrer angehören. ⁴Die Amtszeit für ein Mitglied aus der Gruppe der Studierenden beträgt ein Jahr.

Teil IV Wahl der zentralen Gleichstellungsbeauftragten und ihrer Stellvertretung;
Wahl der Gleichstellungsbeauftragten der Fachbereiche

§ 35

Wahl der zentralen Gleichstellungsbeauftragten und ihrer Stellvertretung

- (1) ¹Die Wahl der Gleichstellungsbeauftragten wird alle vier Jahre verbunden mit den Wahlen zum Senat und zu den Fachbereichsräten durchgeführt. ²Die Amtszeit der Gleichstellungsbeauftragten beginnt jeweils am 1. März.
- (2) ¹Die Wahl wird durch den Wahlvorstand gemäß § 8 vorbereitet und geleitet. ²Abgesehen von den Regelungen der Absätze 3 bis 5 gelten die Verfahrensvorschriften für die Gremienwahlen entsprechend.
- (3) ¹Das aktive Wahlrecht für die Gleichstellungsbeauftragte haben - mit Ausnahme der Kanzlerin und/oder der Präsidentin - alle weiblichen Mitglieder der Hochschule. ²Das passive Wahlrecht für die Gleichstellungsbeauftragte haben - mit Ausnahme der Kanzlerin und/oder der Präsidentin - alle weiblichen Mitglieder der Hochschule, sofern diese ein Hochschulstudium abgeschlossen haben oder im Einzelfall eine andere fachliche Qualifikation nachweisen.
- (4) ¹Das Wahlrecht wird von den weiblichen wahlberechtigten Hochschulmitgliedern nach Statusgruppen getrennt ausgeübt.
- (5) ¹Wahlvorschläge können nur von wahlberechtigten weiblichen Hochschulmitgliedern unterzeichnet werden. ²Jeder Wahlvorschlag muss jeweils von mindestens fünf und höchstens 25 Vorschlagsberechtigten gültig unterzeichnet sein.
- (6) ¹Die Anzahl der Stellvertreterinnen der Gleichstellungsbeauftragten (Stellvertretung) regelt die Grundordnung der Hochschule Bochum.
- (7) ¹Als zentrale Gleichstellungsbeauftragte ist gewählt, wer in mindestens drei Statusgruppen jeweils die Mehrzahl der gültigen Stimmen erhält. ²Für den Fall, dass eine Kandidatin nur in der Hälfte der Statusgruppen die höchste Zahl der gültigen Stimmen erhält („Stimmenpatt der Statusgruppen“), ist gewählt, wer die insgesamt meisten Stimmen erhält; dies gilt auch für den Fall, dass innerhalb einer Statusgruppe Stimmengleichheit bei den gültig abgegebenen Stimmen vorliegt.
- (8) ¹Die Stellvertreterinnen werden auf Vorschlag der Gleichstellungsbeauftragten von der Gleichstellungskommission gewählt. ²Die Amtszeit der Stellvertreterinnen endet mit Ablauf der Amtszeit der Gleichstellungsbeauftragten.

§ 36

Wahl der Gleichstellungsbeauftragten der Fachbereiche und ihrer Stellvertretung;
Gemeinsame Gleichstellungsbeauftragte der Fachbereiche

- (1) ¹Die Wahl der Fachbereichsgleichstellungsbeauftragten wird alle zwei Jahre verbunden mit den Wahlen zum Senat und zu den Fachbereichsräten durchgeführt. ²Die Amtszeit der Gleichstellungsbeauftragten der Fachbereiche beginnt jeweils am 1. März.
- (2) ¹Die Wahl wird durch den Wahlvorstand gemäß § 8 vorbereitet und geleitet. ²Abgesehen von den Regelungen der Absätze 3 bis 5 gelten die Verfahrensvorschriften für die Gremienwahlen entsprechend.
- (3) ¹Das aktive und das passive Wahlrecht für die Gleichstellungsbeauftragte des Fachbereichs haben alle weiblichen Hochschulmitglieder des jeweiligen Fachbereichs.

(4) ¹Das Wahlrecht wird von allen weiblichen wahlberechtigten Hochschulmitgliedern des Fachbereichs gemeinsam, d. h. nicht nach Statusgruppen getrennt, ausgeübt. ²Sofern die Ordnungen der Fachbereiche die Bestellung einer gemeinsamen Gleichstellungsbeauftragten vorsehen, wird das Wahlrecht von allen weiblichen wahlberechtigten Hochschulmitgliedern der betreffenden Fachbereiche gemeinsam ausgeübt.

(5) ¹Wahlvorschläge können nur von wahlberechtigten weiblichen Hochschulmitgliedern des jeweiligen Fachbereichs unterzeichnet werden; sofern die Ordnungen der Fachbereiche die Bestellung einer gemeinsamen Gleichstellungsbeauftragten vorsehen, können sie auch gemeinsam von den wahlberechtigten weiblichen Hochschulmitgliedern des betreffenden Fachbereiche unterzeichnet werden. ²Jeder Wahlvorschlag muss jeweils von mindestens zwei und höchstens 25 Vorschlagsberechtigten gültig unterzeichnet sein.

(6) ¹Die Anzahl der Vertreterinnen der Gleichstellungsbeauftragten der Fachbereiche regelt die Grundordnung der Hochschule Bochum.

(7) ¹Als Gleichstellungsbeauftragte eines Fachbereiches ist gewählt, wer die höchste Zahl der gültigen Stimmen erhält. ²Als Stellvertreterinnen der Gleichstellungsbeauftragten eines Fachbereiches sind diejenigen gewählt, die in absteigender Reihenfolge die jeweils nächsthöchsten Zahlen der gültigen Stimmen erhalten. ³Bei gleicher Stimmenzahl entscheidet das Los. ⁴Sofern die Ordnungen der Fachbereiche die Bestellung einer gemeinsamen Gleichstellungsbeauftragten vorsehen, gelten die Sätze 1 bis 3 für diese entsprechend.

Teil V Wahl der Standortsprecherin oder des Standortsprechers

§ 37

Wahl der Standortsprecherin oder des Standortsprechers des Standorts Velbert/Heiligenhaus

- (1) ¹Die Standortsprecherin oder der Standortsprecher wird alle vier Jahre verbunden mit den Wahlen zum Senat und zu den Fachbereichsräten durchgeführt. ²Die Amtszeit der Standortsprecherin oder des Standortsprechers beginnt jeweils am 1. März.
- (2) ¹Die Wahl wird durch den Wahlvorstand gemäß § 8 vorbereitet und geleitet. ²Abgesehen von den Regelungen der Absätze 3 bis 5 gelten die Verfahrensvorschriften für die Gremienwahlen entsprechend.
- (3) ¹Das aktive Wahlrecht für die Standortsprecherin oder den Standortsprecher haben die Hochschulmitglieder
- der Gruppe der Hochschullehrerinnen und Hochschullehrer,
 - der Gruppe der akademischen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und
 - der Gruppe der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in Technik und Verwaltung
- mit Dienst- oder Beschäftigungsort am Campus Velbert/Heiligenhaus. ²Wählbar (passives Wahlrecht) ist eine Person aus der Gruppe der Hochschullehrerinnen und Hochschullehrer.
- (4) ¹Das Wahlrecht wird von allen wahlberechtigten Hochschulmitgliedern gemeinsam, d. h. nicht nach Statusgruppen getrennt, ausgeübt.
- (5) ¹Wahlvorschläge können nur von wahlberechtigten Hochschulmitgliedern unterzeichnet werden. ²Jeder Wahlvorschlag muss jeweils von mindestens fünf und höchstens 25 Vorschlagsberechtigten gültig unterzeichnet sein.

Teil VI Wahl der Vertretung der Belange studentischer Hilfskräfte

§ 38 Wahl des Mitglieds der Stelle zur Vertretung der Belange studentischer Hilfskräfte

- (1) ¹Die aus einer oder einem Studierenden bestehenden Stelle zur Vertretung der Belange studentischer Hilfskräfte wird jährlich verbunden mit den Wahlen zum Senat und zu den Fachbereichsräten durchgeführt. ²Die Amtszeit des Mitglieds der Stelle beträgt ein Jahr, sie beginnt jeweils am 1. März.
- (2) ¹Die Wahl wird durch den Wahlvorstand gemäß § 8 vorbereitet und geleitet. ²Abgesehen von den Regelungen der Absätze 3 bis 5 gelten die Verfahrensvorschriften für die Gremienwahlen entsprechend. ³§ 3 Abs. 3 zur alternierenden Berücksichtigung von Frauen und Männern ist zu berücksichtigen.
- (3) ¹Das aktive und das passive Wahlrecht für die Vertretung der Belange studentischer Hilfskräfte haben die Hochschulmitglieder der Gruppe der Studierenden.
- (4) ¹Wahlvorschläge können nur von wahlberechtigten Hochschulmitgliedern unterzeichnet werden. ²Jeder Wahlvorschlag muss jeweils von mindestens fünf und höchstens 25 Vorschlagsberechtigten gültig unterzeichnet sein.

Teil VII Mitgliederinitiative

§ 39

Mitgliederinitiative der Hochschule

- (1) ¹Mitglieder der Hochschule können beantragen, dass über eine bestimmte Angelegenheit, für die ein Organ der Hochschule gesetzlich zuständig ist, das zuständige Organ berät und entscheidet.
- (2) ¹Der Antrag muss schriftlich beim Präsidium eingereicht werden und ist nur zulässig, wenn nicht in derselben Angelegenheit innerhalb der letzten zwölf Monate bereits ein Antrag gestellt wurde. ²Er muss ein bestimmtes Begehren sowie eine Begründung enthalten. ³Er muss bis zu drei Mitglieder der Hochschule benennen, die berechtigt sind, die Unterzeichnenden zu vertreten.
- (3) ¹Zuständig für die Ermittlung, ob in derselben Angelegenheit bereits ein Antrag gestellt wurde (Absatz 2), ist das Wahlbüro. ²Alle Organisationseinheiten, Gremien und Organe der Hochschule sind gegenüber dem Wahlbüro hierzu auskunftspflichtig.
- (4) ¹Der Antrag muss von mindestens vier vom Hundert der Mitglieder der Hochschule oder von mindestens drei vom Hundert der Gruppe der Studierenden der Hochschule unterzeichnet sein. ²Jede Liste mit Unterzeichnungen muss den vollen Wortlaut des Antrags enthalten. ³Eintragungen, welche die unterzeichnende Person nach Namen, Vornamen, Geburtsdatum und Anschrift oder Matrikelnummer nicht zweifelsfrei erkennen lassen, sind ungültig. ⁴Die Angaben werden von der Hochschule geprüft; zuständig ist das Wahlbüro.

§ 40

Mitgliederinitiative des Fachbereichs

- (1) ¹Mitglieder eines Fachbereichs können beantragen, dass über eine bestimmte Angelegenheit, für die ein Organ des Fachbereichs oder der Studienbeirat des Fachbereichs gesetzlich zuständig ist, das zuständige Organ berät und entscheidet oder der Studienbeirat eine Empfehlung abgibt.
- (2) ¹Der Antrag muss schriftlich bei der Dekanin oder dem Dekan des betreffenden Fachbereichs eingereicht werden und ist nur zulässig, wenn nicht in derselben Angelegenheit innerhalb der letzten zwölf Monate bereits ein Antrag gestellt wurde. ²Der Antrag muss ein bestimmtes Begehren sowie eine Begründung enthalten. ³Er muss bis zu drei Mitglieder des Fachbereichs benennen, die berechtigt sind, die Unterzeichnenden zu vertreten.
- (3) ¹Zuständig für die Ermittlung, ob in derselben Angelegenheit bereits ein Antrag gestellt wurde Absatz 2), ist die Fachbereichsleitung des betreffenden Fachbereichs.
- (4) ¹Der Antrag muss von mindestens vier vom Hundert der Mitglieder des Fachbereichs oder von mindestens drei vom Hundert der Gruppe der Studierenden des Fachbereichs unterzeichnet sein. ²Jede Liste mit Unterzeichnungen muss den vollen Wortlaut des Antrags enthalten. Eintragungen, welche die unterzeichnende Person nach Namen, Vornamen, Geburtsdatum und Anschrift oder Matrikelnummer nicht zweifelsfrei erkennen lassen, sind ungültig. ³Die Angaben werden von der Hochschule geprüft; zuständig ist der betreffende Fachbereich.

Teil VIII Schlussbestimmungen

§ 41

Übergangsregelungen, In-Kraft-Treten, Außer-Kraft-Treten

(1) ¹Die Wahl der Standortsprecherin oder des Standortsprechers gemäß § 37 und die Wahl der Vertretung der Belange studentischer Hilfskräfte gemäß § 38 erfolgt erstmals zum 1. März 2016.

(2) ¹Diese Wahlordnung tritt am 1. Mai 2015 in Kraft. Sie wird in den Amtlichen Bekanntmachungen der Hochschule Bochum veröffentlicht. ²Gleichzeitig tritt die Wahlordnung vom 3. November 2009 in der Fassung der Dritten Änderungsordnung vom 12 März 2014 (Amtliche Bekanntmachungen Nr. 774) außer Kraft.

Ausgefertigt aufgrund des Beschlusses des Senats der Hochschule Bochum vom 23. März 2015 nach rechtlicher Prüfung durch das Präsidium.

Bochum, den 24. März 2015
Der Präsident

gez. *Martin Sternberg*

(Prof. Dr.-Ing. Martin Sternberg)